



GESCHÄFTSBERICHT

für das Geschäftsjahr 2010/11 - 105. Geschäftsjahr -

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010/11

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das operative Kerngeschäft der Forst Ebnath AG, einer an den Wertpapierbörsen in Berlin und Frankfurt gehandelten Aktiengesellschaft deutschen Rechts, ist die Bewirtschaftung von forstlichem Grundbesitz. Die deutsche Forstwirtschaft befindet sich seit einem Jahrzehnt im Aufwind und zeigt sich damit vergleichsweise unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das Hauptprodukt Holz wird mehr und mehr zum stark nachgefragten Rohstoff für die Sägewerkindustrie, Holzwerkstoffindustrie, Zellstoff- u. Papierholzindustrie und im verstärkten Maße auch als Energieträger eingesetzt. Im vergangenen Geschäftsjahr stiegen die Rohstoffpreise für Sägerundholz, Schleifholz, Faserhölzer und Energiehölzer weiter leicht an und hielten sich bis zum Ende des Geschäftsjahres auf hohem Niveau. Der nachwachsende Rohstoff Holz, insbesondere Fichten- und Kiefernrundholz, wurde stark nachgefragt. Dies kam der Forst Ebnath AG zugute bei der Vermarktung von ca. 12.000 Festmeter (fm) Schneebruchhölzer, vorwiegend in Schwachholzbeständen, die schwerpunktmäßig ab Mitte März, d.h. überwiegend im zweiten Geschäftshalbjahr, aufgearbeitet wurden.

Vermarktet wurde das Holz regional nach ökologischen Prinzipien und nach dem Motto „Holz der kurzen Wege“. 96 % des Holzabsatzes wurden an 11 inländische Kunden geliefert. 4 % des Holzabsatzes gingen überwiegend als Energieholz an diverse regionale Kleinkunden.

Aufgrund unseres begrenzten Rohstoffvorrates und unserer Nachhaltigkeitsambitionen konnten wir nicht alle Wünsche unserer Stammkunden befriedigen.

Im Geschäftsjahr herrschten für die forstliche Produktion mit Ausnahme der beiden warmen und niederschlagsarmen Monate April und Mai optimale Wuchsbedingungen. Das übrige Jahr war niederschlagsreich und relativ kühl.

Im Rahmen unserer forstlichen Bewirtschaftung haben wir das Bundeswaldgesetz, das Bayerische Waldgesetz, das Naturschutzgesetz und die Zertifizierungsvorgaben nach „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) zu beachten.

Der forstliche Grundbesitz erstreckt sich über insgesamt 3.521 Hektar (ha) (Vorjahr 3.505 ha) und befindet sich in der nördlichen Oberpfalz (1798 ha), in der südlichen Oberpfalz (464 ha), im angrenzenden Oberfranken (661 ha), im westlichen Oberfranken (275 ha) und im südlichen Thüringen (323 ha). Die jedenfalls in Bayern gelegenen Forstflächen liegen bei ca. 1% aller bayrischen Forstflächen.

Im Geschäftsjahr 2010/11 wurden in der nördlichen Oberpfalz überwiegend ca. 16 ha kleinere Arrondierungsflächen zugekauft sowie eine kleinere dislozierte Fläche in der Größe von 164 m² abgegeben.

Der forstliche Grundbesitz ist zu 95 % bestockt. Die Holzarten setzen sich folgendermaßen zusammen: 75 % Fichte, 18 % Kiefer, 2 % Lärche, 1 % Tanne bzw. Douglasie, 2 % Buchen und 2 % sonstige Laubhölzer (Birke, Aspe, Erle, Eiche).

Auf 3.330 ha Holzbodenfläche stockt ein Vorrat in Höhe von ca. 770.000 Erntefestmeter (Efm). Dies sind 231 Efm/ha. Die Vorratsverteilung hat einen leichten Überhang bei den älteren Altersklassen und ist ansonsten gleichmäßig. Die übrigen 191 ha sind Nichtholzböden, d.h. Forstwege, Lagerplätze, Wildwiesen, Wiesen und Äcker, usw.

Die nachhaltige jährliche Einschlagsmenge, der sogenannte Hiebsatz, ist auf Basis eines Forstbetriebsgutachtens aus 2007 mit 23.000 fm sowie für nach 2007 angekaufte Flächen mit 3.000 fm zu veranschlagen. Insgesamt beträgt der Hiebsatz 26.000 fm. Der laufende jährliche Zuwachs beträgt bei durchschnittlicher Anschätzung pro Jahr 29.000 fm, dies sind 8,7 Efm/ha. Der Hiebsatz ist somit konservativ festgesetzt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr kamen 34.124 fm zum Einschlag, d.h. der Hiebsatz von insgesamt 26.000 fm wurde zu 131 % (Vorjahr: 25.232 fm zu 97 %) erfüllt. Die prognostizierte Menge von 25.000 fm für das Geschäftsjahr 2010/11 wurde weit übertroffen, da mit den sehr schwachen Schneebruchhölzern, Sortimente für Papier- und Energieholz, die Nachfrage nach den üblichen Sägeholzsortimenten nicht ersetzt werden konnten.

Außerreguläre Einschläge abiotischer Art (Sturm-, Schneebruch etc.) oder biotischer Art (Käfer) lagen bei ca. 35 % des Einschlages und sind für eine Fichtenbetriebsklasse nichts Außergewöhnliches.

Der Gesamtumsatz betrug 2.604 T€ (Vorjahr 1.770 T€). Hiervon sind durch Holzverkauf 2.594 T€ (Vorjahr 1.753 T€) Erlöst worden.

Bedingt durch den Preisanstieg im Geschäftsjahr stieg trotz des hohen Anteils preisgünstigerer außerregulärer Einschläge (ca. 12.000 fm Schneebruchhölzer) der Durchschnittserlös auf 75,70 €/fm (Vorjahr 70,55 €/fm) an.

Das im Geschäftsjahr erzielte Jahresergebnis von 1.332 T€ (Vorjahr: 860 T€) ist insgesamt erfreulich. Die Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere durch den Mehreinschlag sowie die leichte Preissteigerung bei allen Sortimenten entstanden.

Zwar führte die gesetzlich erforderliche (BilMoG) Aufstockung der Pensionsrückstellung um 200 T€ und geringe Zinserträge zu einem negativen Sondereffekt, der aber durch die Auflösung einer Rücklage nach § 6b EStG in Höhe von 233 T€ ausgeglichen werden konnte. Das Geschäftsjahresergebnis kommt nun vorwiegend aus dem operativen Kerngeschäft Holzproduktion/-verkauf zustande.

Der wirtschaftliche Verlauf im Geschäftsjahr verhielt sich abgesehen von den außerplanmäßigen Schneebrucheinschlägen wie im Vorjahr erwartet.

Unsere Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag 30. September 2011 zu 79,67 % durch Eigenkapital finanziert, wobei der Sonderposten mit Rücklagenanteil gem. Forstschäden-Ausgleichsgesetz in Höhe von 690 T€ voll dem Fremdkapital zugerechnet wurde. Sämtliche Geschäfte der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr in Euro abgewickelt, es bestanden auch keine Forderungen bzw. Verbindlichkeiten in fremden Währungen. Wir verfügen über einen Finanzmittelbestand (kurzfristige Liquidität) von 959 T€ (Vorjahr 504 T€).

Die Finanzmittelbestände und die Liquidität liegen weiterhin auf einem hohen Niveau; die jederzeitige Zahlungsfähigkeit ist sichergestellt. Deshalb können wir der Hauptversammlung die Aus-

schüttung einer Dividende in Höhe von 3,00 € pro Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer gesamten Dividendenausschüttung von insgesamt 162 T€. Das gezeichnete Kapital in Höhe von 594 T€ setzt sich zum Bilanzstichtag aus 54.000 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von 11,00 € pro Aktie zusammen.

Am Ende des Geschäftsjahres 2010/11 haben wir den Geschäftssitz in unserem bereits im Vorjahr verkauften Schloss in der Brander Straße 1 in Ebnath aufgegeben. Planmäßig sind wir in unser neu errichtetes Betriebsgebäude in Hermannsreuth 9 in Ebnath umgezogen und haben dort unseren Geschäftssitz neu errichtet. In das neue Betriebsgebäude investierten wir incl. der Rückstellungen für bereits ausgeführte Arbeiten, für die aber noch keine Rechnungen gestellt worden sind, insgesamt 607 T€. Errichtet wurde ein Zweckbau bestehend aus einer Büroetage, einem Schlachthaus für Wildtiere, Sozial- und Sanitärräumen für die Forstwirte sowie einer kleinen Maschinenhalle. Überwiegend wurden die Arbeiten in Holzständerbauweise und die Fassade in Holz ausgeführt. Zusätzlich wurde ein kleines Wirtschaftsgebäude zur Lagerung von Energieholz, Forstgeräten und für die Notzeitfutterbevorratung unserer Wildtierpopulationen errichtet.

Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Bedingt durch eine anhaltende Rohstoffdiskussion und Verknappungstendenzen auf dem Holzmarkt, insbesondere bei Fichten- und Kiefernrundhölzern, kann in den nächsten Jahren mit guten und evtl. noch steigenden Holzpreisen gerechnet werden, es sei denn, dass die Klimaänderung mit ihren abiotischen (Sturm, Nassschnee, Dürre) und biotischen (Käfer) Auswirkungen den Markt mit zu viel Rohstoff belastet oder, dass sich eine Wirtschaftsrezession mit signifikanten Auswirkungen auf die Rohstoffmärkte einstellt. Zurzeit fängt der sehr starke Binnenmarkt die stark reduzierte Nachfrage aus dem südeuropäischen und nordafrikanischen Raum auf.

Wenn die Forstwirtschaft von außergewöhnlichen Naturereignissen verschont bleibt, planen wir für das nächste Geschäftsjahr 2011/12 einen Einschlag in Höhe von 21.000 fm. Wir erwarten für das nächste Geschäftsjahr auch angesichts eines reduzierten Einschlags ein gutes operatives Ergebnis, jedoch unter dem diesjährigen, da mit Sondereffekten nicht mehr gerechnet werden kann.

Auch für das Geschäftsjahr 2012/13 wirkt sich die Abhängigkeit der Forstwirtschaft von außergewöhnlichen Naturereignissen unmittelbar aus. Mit dem für die Folgejahre geplanten Einschlag in Höhe von jeweils 21.000 fm bzw. 22.000 fm liegen die geplanten Einschläge unter dem Wachstumspotential. Jedoch bedingen unsere Nachhaltigkeitsansprüche eine Reaktion auf die hohen, teilweise auch klimabedingten Einschläge der letzten Jahre. So lag die durchschnittliche Hiebsatzerfüllung in den letzten drei Wirtschaftsjahren bei 118 %.

Sollten weitere Zukäufe getätigt werden, würden diese über den laufenden Cash-Flow und erforderlichenfalls über Sondereinschläge oder Kurzfriskredite finanziert.

Die Prognose steht unter Vorbehalt und ist mit Unsicherheiten behaftet, da wir die klimatischen Entwicklungen (Stürme, Schneebrüche, Feuer, Trockenheit, Käfer) nicht vorhersagen können.

Wesentliche Vorgänge nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag, die wesentlich sind und über die zu berichten wäre, liegen nicht vor.

Sonstige Angaben

Risikobericht

Die Risiken in der Forstwirtschaft bestehen in einer möglichen Schädigung des Forstbestandes durch Witterungseinflüsse (z.B. Trockenheit, Sturm, Nassschnee), Umweltschadstoffe (Luftschadstoffe aus Verkehr und Landwirtschaft) und Klimaänderung sowie in Preisänderungsrisiken für die verschiedenen Holzsorten. Die Auswirkungen der Klimaänderung sind künftig wohl der größte Unsicherheitsfaktor. Die Schäden am Forstbestand versuchen wir durch eine sorgfältige Beobachtung und Pflege des Bestandes frühzeitig zu erkennen und die Auswirkungen durch geeignete forstwirtschaftliche Maßnahmen zu verringern. So pflanzen wir zusätzlich zu unseren zwei Hauptbaumarten im Kunstverjüngungswege andere Baumarten (z.B. Douglasie, Buche). Dem Preisänderungsrisiko für die verschiedenen Holzsorten begegnen wir durch eine genaue Marktbeobachtung und durch eine auf die Holznachfrage abgestimmte Einschlagsmenge. Das Risiko durch Konzentrationsprozesse auf der Abnehmerseite ist noch überschaubar und wird vom Vorstand fortlaufend überprüft. Nichtsdestotrotz existiert das Risiko der Abhängigkeit von den größten Abnehmern und von deren Bonität, dem man durch vertragliche Beziehungen in Form von Sicherheitsleistungen und Bonitätsprüfungen begegnet.

Die Gesellschaft hat - in Angemessenheit zur Größe der Gesellschaft und einer Personaldecke von einer Vollarbeitskraft im Bereich der Verwaltung - ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingerichtet. In diesem Zusammenhang stellen wir sicher, dass für Risiken aus der Rechnungslegung angemessene interne Kontrollen eingerichtet sind und aufrechterhalten werden. Dadurch soll die Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung und insbesondere die korrekte Erstellung der extern publizierten Jahresabschlüsse gewährleistet werden.

Alle Geschäftsvorfälle werden bei einer externen Steuerberaterin erfasst und dort in einem externen Buchungssystem gebucht. Insofern ist das Rechnungslegungssystem von der operativen Geschäftsführung getrennt. Von der externen Steuerberaterin werden alle erforderlichen externen Rechnungsunterlagen erstellt, die unverzüglich vom Vorstand überprüft werden. Die Steuerberaterin erstellt darüber hinaus aussagekräftige vierteljährliche Berichte, detaillierte Kontenachweise zur Zwischenbilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Zwischenbilanz, die dem Vorstand zur Verfügung gestellt werden. Ferner führen wir vierteljährliche Auswertungen zu unserer Ertragslage und Liquiditätslage durch. Die Liquiditätslage wird regelmäßig mit den geplanten Cash-Abgängen abgestimmt. Aufgetretene Fehler werden analysiert, nachverfolgt und zügig beseitigt.

Vergütungsbericht

Das Gehalt des Vorstandes setzt sich zu ca. drei Vierteln aus Fixgehalt und zu einem Viertel aus einem erfolgsorientiertem Bonus zusammen. Je nach Erfüllung der am Geschäftsjahresanfang vereinbarten Ziele für das Geschäftsjahr kommt der Bonus zum Tragen. Daneben erhält der Vorstand im Rahmen der Versorgungsleistungen eine Pensionszusage, die ein Ruhegeld im üblichen Umfang darstellt. Eingeschlossen sind Anwartschaften auf Invaliden- und Witwenrente. Eine Angabe der Vergütung für den Einzelvorstand unterbleibt gemäß HV-Beschluss vom 21. Februar 2011.

Angaben gemäß § 289 IV HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Das Grundkapital der Forst Ebnath AG war am 30. September 2011 in insgesamt 54.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien derselben Aktiegattung mit einem rechnerischen Nennwert von 11,00 € eingeteilt. Die Aktien sind voll stimm- und gewinnberechtigt. Es besteht eine direkte Beteiligung der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München am

Kapital der Forst Ebnath AG, die 10 % der Stimmrechte übersteigt. Es gibt keine Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen.

Änderungen der Gesellschaftssatzung unterliegen den Regelungen des Aktiengesetzes (§§ 179 bis 181, 124 Abs. 2 S. 2 AktG); von der in § 179 Abs. 1 S. 2 AktG eingeräumten Möglichkeit hat die Hauptversammlung Gebrauch gemacht: Gemäß § 9 der Satzung der Forst Ebnath AG ist der Aufsichtsrat ermächtigt, Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen.

Die Befugnisse des Vorstands ergeben sich aus §§ 71, 76 bis 94 des Aktiengesetzes.

Die Satzung der Forst Ebnath Aktiengesellschaft sieht für die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern keine Besonderheiten vor. Der rechtliche Rahmen ergibt sich aus §§ 84, 85 AktG. Auch für Änderungen der Satzung enthält diese keine Bestimmungen, die vom Leitbild des Aktiengesetzes abweichen.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind dem Vorstand nicht bekannt. Eine Befugnis des Vorstands zur Ausgabe oder zum Rückerwerb eigener Aktien existiert nicht.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, existieren nicht; ebenso wenig existieren Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung der Forst Ebnath AG umfasst unter 1. die Erklärung gemäß § 161 Aktiengesetz (AktG) und unter 2. die Angaben gemäß § 289a Abs. 2 Nr. 2, 3 Handelsgesetzbuch (HGB).

1. Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat der Forst Ebnath AG gemäß § 161 des Aktiengesetzes vom November 2011:

„Die Forst Ebnath Aktiengesellschaft hat seit Abgabe der letzten Erklärung gemäß § 161 Aktiengesetz die Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 (EBanz. vom 02. Juli 2010) nicht angewendet und wird sie auch zukünftig nicht anwenden, da sie nach Art und Umfang den überschaubaren Verhältnissen der Forst Ebnath Aktiengesellschaft überwiegend nicht gerecht werden.“

Diese Erklärung ist über unsere Internetseite www.forst-ebnath.de in der Rubrik „Corporate Governance“ dauerhaft zugänglich.

2. Angaben gemäß § 289a Abs. 2 Nr. 2, 3 HGB.

Forst Ebnath Verhaltenskodex

Wir haben uns auf einen eigenen Verhaltenskodex mit hohen ethischen und rechtlichen Anforderungen verpflichtet, den Sie auf unserer Internetseite in der Rubrik „Corporate Governance“ finden.

In unserem Verhaltenskodex präzisieren wir unsere Vorstellungen von integrem, das heißt rechtlich korrektem und an ethischen Grundsätzen orientiertem Verhalten im Unternehmen. Er ist damit zugleich Ausdruck unseres Verständnisses von Wertemanagement. Der Verhaltenskodex enthält verbindliche Regeln für alle Mitarbeiter einschließlich der Geschäftsleitungsorgane der

Forst Ebnath AG, insbesondere auch für den Umgang mit Interessenkonflikten. Ferner sieht er ein Verfahren zur Meldung von Gesetzesverstößen vor, um so rechtzeitig schon bei einem eventuellen Verdacht von Missständen reagieren und jeder Form von Wirtschaftskriminalität vorbeugen zu können.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung, legt Ziele und Strategie fest. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse gebunden und verpflichtet, den nachhaltigen Unternehmenswert zu steigern. Der Vorstand hat dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Bestimmungen und die unternehmensinternen Richtlinien eingehalten werden. Er ist für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling im Unternehmen verantwortlich.

Der Vorstand der Forst Ebnath AG bestand im Geschäftsjahr 2010/11 aus einem Mitglied. Eine Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsrat erlassen wurde, regelt die Arbeit des Vorstands, vor allem die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat vorbehaltenen Angelegenheiten.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohl des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet regelmäßig an den Aufsichtsrat über alle für das Unternehmen relevanten Fragen. Bestimmte Arten von Geschäften darf der Vorstand grundsätzlich nur vornehmen, wenn der Aufsichtsrat zustimmt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Transaktionen außerhalb des üblichen Rahmens der laufenden Geschäftstätigkeit sowie um Investitionen und Desinvestitionen von größerem Umfang. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat laufend über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands und berät ihn dabei. Bestimmten Geschäften muss er zustimmen. Er ist jedoch nicht befugt, Maßnahmen der Geschäftsführung zu ergreifen. Der Aufsichtsrat der Forst Ebnath AG hat gemäß der Satzung drei Mitglieder. Sie setzen sich nur aus Vertretern der Eigentümer zusammen, die von der Hauptversammlung gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Schriftliche, fernmündliche oder andere vergleichbare Formen der Beschlussfassung ohne Sitzung, insbesondere per E-Mail, sind zulässig. Das Widerspruchsrecht gemäß § 108 Abs. 4 AktG ist ausgeschlossen. Zulässig ist auch eine kombinierte bzw. gemischte Beschlussfassung, sofern kein Aufsichtsratsmitglied diesem Verfahren widerspricht.

Aufgrund der überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft hat der Aufsichtsrat keine Ausschüsse gebildet.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München ist während des gesamten Geschäftsjahres 2010/11 mit Mehrheit an unserer Gesellschaft beteiligt gewesen. Als abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 AktG hat die Forst Ebnath AG den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt.

„Die Forst Ebnath AG hat nach den Umständen, die mir in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und wurde dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt.“

Jahresabschluss 2010/11 Forst Ebnath AG*

Bilanz zum 30. September 2011

Aktiva				
		30.09.2011		30.09.2010
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten	9.466.135,71		9.211.276,05	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	113.731,00	9.579.866,71	34.544,00	9.245.820,05
II. Finanzanlagen				
Wertpapiere des Anlagevermögens		725.618,00		722.580,50
		10.305.484,71		9.968.400,55
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Fertige Erzeugnisse Holz		3.085,00		27.394,42
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.570,34		87.058,68	
2. Sonstige Vermögensgegenstände	137.138,99	162.709,33	148.674,30	235.732,98
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 87.448,51 (Vj. EUR 115.415,43)				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		958.717,68		503.596,61
		1.124.512,01		766.724,01
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		12.760,37		2.854,35
D. Aktive latente Steuern				
		36.384,93		0,00
		11.479.142,02		10.737.978,91

* Der Jahresabschluss ist um einen Eigenkapitalpiegel und eine Kapitalflussrechnung gem. § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB erweitert.

Passiva				
	€	30.09.2011 €	€	30.09.2010 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		594.000,00		594.000,00
II. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	122.599,22		122.599,22	
2. Andere Gewinnrücklagen	7.097.207,19	7.219.806,41	6.372.602,05	6.495.201,27
III. Jahresüberschuss = Bilanzgewinn		1.331.726,65		859.605,14
		9.145.533,06		7.948.806,41
B. Sonderposten mit Rücklageanteil		689.766,00		1.599.339,15
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen		981.713,00		768.947,00
2. Steuerrückstellungen		181.327,22		15.636,00
3. sonstige Rückstellungen		267.631,60		117.536,25
		1.430.671,82		902.119,25
D. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		60.000,00		146.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 60.000,00 (Vj. EUR 146.000,00)				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		38.937,53		12.432,05
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 38.937,53 (Vj. EUR 12.432,05)				
3. Sonstige Verbindlichkeiten		41.468,62		34.712,65
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 5.855,39 (Vj. EUR 34.712,65)				
- davon aus Steuern EUR 4.642,82 (Vj. EUR 26.616,60)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 262,57 (Vj. EUR 119,16)				
		140.406,15		193.144,70
E. Rechnungsabgrenzungsposten		72.764,99		94.569,40
		11.479.142,02		10.737.978,91

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 2010 bis 30. September 2011

	2010/11		2009/10	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		2.604.361,28		1.770.214,83
2. Verminderung (-) / Erhöhung (+) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		- 24.309,42		27.394,42
3. sonstige betriebliche Erträge		988.389,24		151.842,08
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	822,99			0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	512.501,80	513.324,79	324.253,07	324.253,07
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	214.455,55		229.639,18	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	69.747,49	284.203,04	128.014,33	357.653,51
- davon für Altersversorgung EUR 23.867,67 (EUR 70.039,56)				
6. Abschreibungen auf Sachanlagen		734.272,59		55.150,34
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		129.600,31		201.787,81
8. Erträge aus Zuschreibungen		17.607,00		0,00
9. Erträge aus anderen Wertpapieren		23.597,13		22.583,97
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		16.444,91		7.837,29
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		3.070,00		1.400,00
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		66.978,39		59,73
- davon Zinsaufwendungen aus Abzinsung von Rückstellungen EUR 49.848,00 (EUR 0,00)				
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.894.641,02		1.039.568,13
14. außerordentliche Erträge		2.438,25		0,00
15. außerordentliche Aufwendungen		203.461,27		0,00
- davon Aufwendungen aus der Anwendung der Über- gangsvorschriften BilMoG EUR 200.021,00 (EUR 0,00)				
16. außerordentliches Ergebnis		-201.023,02		0,00
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		317.302,82		158.646,00
- davon Ertr. a. Zuführ. latenter Steuern EUR 36.384,93				
18. Sonstige Steuern		44.588,53		21.316,99
19. Jahresüberschuss = Bilanzgewinn		1.331.726,65		859.605,14

Anhang für das Geschäftsjahr 2010/11

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010/11 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 8 S. 2 EGHGB nicht angepasst.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Vorschriften des Aktiengesetzes zu beachten.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010/11 wurde erweitert um einen Eigenkapitalspiegel und eine Kapitalflussrechnung gemäß § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden konnten im Wesentlichen wie im Vorjahr beibehalten werden. Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen. Bewegliche Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 1 T€ wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt.

Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt. Soweit erforderlich, wurde der am Bilanzstichtag vorliegende dauerhaft beizulegende Wert angesetzt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet und mit dem Nennwert vermindert um Wertberichtigungen angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände sowie Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert angesetzt.

Für ungewisse Verbindlichkeiten aus Pensionsverpflichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Der Wert wurde unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Sie tragen Vorsorge für alle Pensionsverpflichtungen.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet, wurden nach den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bewertet und mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2010/11 ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Sachanlagen

Die Zugänge betreffen zum einen den Posten Grundstücke und Bauten (Waldflächen) mit 962 T€ und den Posten Betriebs-u. Geschäftsausstattung mit 89 T€, hier insbesondere Zugang einer Photovoltaikanlage (58 T€) und Büroeinrichtung (27 T€). Im Geschäftsjahr wurde eine Teilfläche von 0,0164 ha des Grund & Boden Hermannsreuth veräußert. Die Abschreibung im Geschäftsjahr ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Finanzanlagen

Die Zugänge betreffen folgende Wertpapiere:

- Öffentliche Anleihe des Landes Baden-Württemberg mit einer Verzinsung von 3,5 % und einer Laufzeit bis Oktober 2021.

Die Abgänge betreffen folgende Wertpapiere:

- Im August 2011 endfällig gewordene Anleihe des Landes Baden-Württemberg.

Der Bestand betrifft ausschließlich Wertpapiere des Anlagevermögens und dient zur Besicherung des betrieblichen Ausgleichsfonds gemäß § 3 des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten enthält überwiegend Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (26 T€), Forderungen aus abgegrenzten Zinsen festverzinslicher Wertpapiere (14 T€) sowie Körperschaftsteuer-Guthaben i.S. des § 37 KStG mit abgezinstem Barwert (87 T€). Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (26 T€) sowie den abgegrenzten Zinsen festverzinslicher Wertpapiere (14 T€) handelt es sich um Forderungen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr. Bei der Forderung aus Körperschaftsteuer-Guthaben (87 T€) handelt es sich um eine Forderung mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern ergeben sich aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Handels- und Steuerbilanz. Diese betreffen im Wesentlichen Pensions- und Urlaubsrückstellungen, die in der Handelsbilanz um 203 T€ bzw. 20 T€ höher bewertet wurden als in der Steuerbilanz.

Zur Berechnung der latenten Steuerbeträge wird folgende Erläuterung gegeben:

Sammelpool als Aktivposten niedriger als Steuerbilanz	892,00 €
Pensionsrückstellung als Passivposten höher als Steuerbilanz	202.582,00 €
Urlaubsrückstellung als Passivposten höher als Steuerbilanz	20.037,98 €
<u>Verbindlichkeit 1-5. Jahre höher als Steuerbilanz (Abzinsung)</u>	<u>6.408,57 €</u>
	229.920,55 €
davon 15,825 % Körperschaftsteuer (15 %) inkl. SolZ (5,5 %)	36.384,93 €

Wegen erweiterter Grundstückskürzung im Bereich der Gewerbesteuer fällt keine Gewerbesteuer an.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert gegenüber dem Vorjahr 594 T€. Das Grundkapital ist eingeteilt in 54.000 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von 11,00 € pro Aktie.

Die direkte Kapitalbeteiligung der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München, die 10 % der Stimmrechte überschreitet, wurde der Gesellschaft am 23. Oktober 2003 gem. § 21 WpHG mitgeteilt.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen verteilen sich wie folgt:

Gesetzliche Rücklage	122.599,22 €
Andere Gewinnrücklagen	<u>7.097.207,19 €</u>
	7.219.806,41 €

Die Erhöhung der anderen Gewinnrücklagen um 725 T€ resultiert aus der gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 21. Februar 2011 erfolgten Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres mit 725 T€.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Der Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 690 T€ betrifft eine Rücklage gemäß § 3 Forstschäden-Ausgleichsgesetz. Hierbei wurde das Wahlrecht zur Fortführung des Postens nach Art. 67 Abs. 3 S. 1 EGHGB ausgeübt.

Die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil betragen 909 T€ und betreffen zum einen die Rücklage nach § 6b EStG für Grund & Boden mit 70 T€ und zum anderen die Rücklage nach § 6b EStG für Gebäude mit 839 T€. Hierbei wurde das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 3 EGHGB ausgeübt, die Rücklage auf das Reinvestitionsgut (Grund & Boden (70 T€) + Gebäude (607 T€) des im Geschäftsjahr 2010/11 neu hergestellten Forsthauses in Hermannsreuth als Sitz der Gesellschaft) zu übertragen.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betragen 268 T€. Den größten Posten bildet eine Rückstellung für ausstehende Rechnungen (118 T€). Diese wurde gebildet für Handwerkerleistungen, die bereits bis zum Bilanzstichtag erbracht wurden und deren Abrechnungen jedoch am Bilanzstichtag bzw. bei Bilanzerstellung nicht vorlagen.

Daneben setzt sich der Posten zusammen aus Rückstellungen für Urlaub (49 T€), Tantiemen (30 T€), Rückstellung für Jahresabschlussprüfung (19 T€), Abschlussarbeiten (15 T€), Instandhaltung Wegebau (15 T€), Berufsgenossenschaft (12 T€), Kosten Veröffentlichung/Hauptversammlung (7 T€) und Aufbewahrung Unterlagen (3 T€).

Pensionsrückstellung

Die Rückstellung für Pensionen (982 T€) wurde durch ein versicherungsmathematisches Gutachten der Longial GmbH in Düsseldorf ermittelt. Zur Ermittlung wurde das Anwartschaftswertverfahren (projected unit credit method i.S.d. IAS 19.64) mit einem Rechnungszins von 5,13% (pauschale Restlaufzeit 15 Jahre) angewandt.

Für die Berechnung wurden folgenden Annahmen getroffen:

Biometrie	„Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck – Lizenz Heubeck-Richttafeln-GmbH
Ausscheideordnung	Aktiven-/ Invalidensterblichkeit
Hinterbliebenenversorgung	Bewertung nach der Kollektivmethode
Fluktuation	keine
Finanzierungsform	Arbeitgeberleistung
Rententrend	2% jährlich
Anwartschaftstrend	0 %

Die Pensionsrückstellung deckt die erteilten Versorgungszusagen in vollem Umfang.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten (140 T€) setzen sich zusammen aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (39 T€), Erhaltene Anzahlungen (60 T€), Verbindlichkeiten aus Steuern (4 T€) sowie sonstigen Verbindlichkeiten (37 T€). Bei diesen Verbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr.

Im Geschäftsjahr bestehen keine Verbindlichkeiten, deren Restlaufzeit mehr als fünf Jahre betragen oder die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (73 T€) betreffen im Wesentlichen eine Pachtzahlung für einen Radweg der Gemeinde Ebnath für den Zeitraum 2008 bis 2033.

Umsatzerlöse

Von den Gesamtumsatzerlösen entfallen 100 % auf die Forstwirtschaft:

	2010/2011	2009/2010
Nutzerbholzverkauf		
Stammholz	2.129.794,10 €	1.627.939,68 €
Industrieholz	260.549,00 €	56.874,25 €
	<u>2.390.343,10 €</u>	<u>1.684.813,93 €</u>
Sonstiger Holzverkauf	203.893,63 €	67.996,29 €
Holzverkauf - insgesamt	<u>2.594.236,73 €</u>	<u>1.752.810,22 €</u>
Duldung und Gestattung	2.379,29 €	1.886,88 €
Wildbretverkäufe u.a.	26.013,21 €	25.795,94 €
Pachterträge	23.435,48 €	14.126,89 €
	<u>2.646.064,71 €</u>	<u>1.794.619,93 €</u>
abzügl. Erlösschmälerungen	- 43.850,23 €	- 31.960,40 €
	<u>2.602.214,48 €</u>	<u>1.762.659,53 €</u>
Sonstiges	2.146,80 €	7.555,30 €
	<u>2.604.361,28 €</u>	<u>1.770.214,83 €</u>

Die Umsatzerlöse sind in voller Höhe Inlandsumsätze.

Verminderung des Bestands an fertigen/unfertigen Erzeugnissen

Im Bereich der Erträge wurde die Bestandminderung an Holzvorräten (24 T€) berücksichtigt.

Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen Erträge aus Auflösung Sonderposten mit Rücklagenanteil (909 T€) sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (48 T€) sowie sonstige unregelmäßige Erträge (hier Vergütungen aus Energiesteuerentlastungen und Agrardieselvevergütung (20 T€).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Dieser Posten (130 T€) setzt sich zusammen aus Prüfungs- u. Abschlusskosten (42 T€), Rechts- u. Beratungskosten (14 T€), Aufwand Jagd/Forst/Kulturen (11 T€), Kosten Sitzungen/Hauptversammlung (11 T€), Buchführungskosten (11 T€), Spenden/Versicherungen/Beiträge/sonst. Abgaben (10 T€), Sonstiges (10 T€), Kfz-Kosten (6 T€), Porto-, Telefon- u. Bürokosten (6 T€), Instandhaltungen (3 T€), Reise-, Geschenk- u. Bewirtungskosten (3 T€) sowie Grundstücksaufwand (2 T€).

Abschreibungen auf Sachanlagen

Auf planmäßige Abschreibungen entfällt ein Abschreibungsaufwand in Höhe von 57 T€. Weiterhin beinhaltet dieser Posten Abschreibungen aus steuerlichen Sondervorschriften, hier die Anschaffungs- bzw. Herstellungskostenminderung des Grund & Boden und Gebäude in Hermannsreuth aus der Übertragung der Rücklage i.S.d. § 6b EStG (677 T€).

Erträge aus Zuschreibungen

Diese Erträge (18 T€) ergeben sich aus der Erhöhung der Position „stehendes Holz“ im Anlagevermögen als Folgewirkung der im Geschäftsjahr 2010/11 durchgeführten Betriebsprüfung.

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge ergeben sich aus der Auflösung des Durchlaufkontos „Caputh“ mit 2 T€. In Caputh (Nähe Berlin) hatten wir unsere Liegenschaft bereits im Geschäftsjahr 2006/07 veräußert.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen ergeben sich aus der Auflösung des Durchlaufkontos „Berlin“ mit 3 T€ (in Berlin hatten wir unsere Liegenschaft ebenso bereits im Geschäftsjahr 2006/07 veräußert) sowie Aufwendungen aus der Anwendung der Übergangsvorschriften zur Erstanwendung des BilMoG mit 200 T€.

Angaben zu den Gesamtvorstandsbezügen gem. § 285 HGB

Gesamtbezüge gem. § 285 Nr. 9a und b HGB: 167 T€

Die Nichtangabe der Einzelvergütung gem. § 285 Nr. 9a S.5 ff. HGB beruht auf einem Beschluss der Hauptversammlung vom 11. Mai 2006, Tagesordnungspunkt 7 i.V.m. dem Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (VorstOG).

Steuer vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Posten zusammen: Körperschaftsteuer (281 T€), Körperschaftsteuer Vorjahre (35 T€), Solidaritätszuschlag (16 T€), Solidaritätszuschlag Vorjahre (2 T€), Gewerbesteuer (4 T€), Gewerbesteuer Vorjahre (7 T€) sowie Kapitalertragsteuer inkl. SolZ (8 T€) sowie Erträge aus der Zuführung von aktiven latenten Steuern (36 T€).

Sonstige Angaben

Die gesamten Zuwendungen an den Aufsichtsrat beliefen sich einschließlich Aufwandsentschädigungen auf 2 T€.

Das für den Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2010/11 als Aufwand erfasste Honorar für Abschlussprüfung beträgt insgesamt 16 T€.

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München ist mehrheitlich am Grundkapital unserer Gesellschaft beteiligt. Eine Einbeziehung in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens, der im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wird, ist für das Geschäftsjahr 2010/11 unterblieben. Im Geschäftsjahr 2010/11 waren durchschnittlich 3 Vollzeitkräfte in unserem Unternehmen beschäftigt. Hierbei waren 1 Vollzeitkraft im Bereich der Verwaltung sowie 2 Vollzeitkräfte im Bereich Produktion tätig. Unseren Betriebsangehörigen sprechen wir an dieser Stelle für ihre geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Organe der Gesellschaft

Vorstand: **Norbert Wagner, Schirmitz**
Dipl. Ing. (FH) der Forstwirtschaft, Dipl. Forstwirt Univ.

Aufsichtsrat: **Hans Volker Sprave, München (Vorsitzender)**
Zentralbereichsleiter Corporate Finance Mergers & Aquisitions, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München
Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften:
BHS tabletopAG, Selb
Itus Verwaltungs AG, Grünwald (Vorsitz)

Dr. Knut Riesmeier, Grünwald (stellvertretender Vorsitzender)
Geschäftsführender Gesellschafter der "Dr. Riesmeier Real Estate Capital GmbH", Grünwald

Karl Murr, Gundelfingen
Geschäftsbereichsleiter Agro, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft in München
Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten bei inländischen Gesellschaften:
Terra Agrar AG, (Vorsitz)

Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 Aktiengesetz

Vorstand und Aufsichtsrat der Forst Ebnath AG haben im November 2011 die jährliche Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG) abgegeben und auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres 2010/11 von 1.331.726,65 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 3,00 € auf jede dividendenberechtigte Stückaktie	162.000,00 €
Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	<u>1.169.726,65 €</u>
	1.331.726,65 €

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2010/11

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	01.10.2010	Zugänge	Abgänge	30.09.2011	01.10.2010	Zu- /Abgänge	30.09.2011	30.09.2011	30.09.2010
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Sachanlagen									
1. Grundstücke und Bauten	11.464.592,08	962.334,59	359,76	12.426.566,91	2.253.316,03	707.115,17	2.960.431,20	9.466.135,71	9.211.276,05
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	67.641,60	88.737,42	0,00	156.379,02	33.097,60	9.550,42	42.648,02	113.731,00	34.544,00
	11.532.233,68	1.051.072,01	359,76	12.582.945,93	2.286.413,63	716.665,59	3.003.079,22	9.579.866,71	9.245.820,05
II. Finanzanlagen									
Wertpapiere des Anlagevermögens	723.980,50	131.107,50	125.000,00	730.088,00	1.400,00	3.070,00	4.470,00	725.618,00	722.580,50
	12.256.214,18	1.182.179,51	125.359,76	13.313.033,93	2.287.813,63	719.735,59	3.007.549,22	10.305.484,71	9.968.400,55

Eigenkapitalpiegel zum 30. September 2011

	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Gesamt
	€	€	€	€
Stand am 01.10.2009	594.000,00	4.707.701,48	1.895.499,79	7.197.201,27
Einstellung in Gewinnrücklage		1.787.499,79		1.787.499,79
Periodenergebnis			859.605,14	859.605,14
Verwendung Bilanzgewinn Vorjahr			-1.895.499,79	-1.895.499,79
Saldo zum 30.09.2010	594.000,00	6.495.201,27	859.605,14	7.948.806,41
Einstellung in Gewinnrücklage		724.605,14		724.605,14
Periodenergebnis			1.331.726,65	1.331.726,65
Verwendung Bilanzgewinn Vorjahr			-859.605,14	-859.605,14
Saldo zum 30.09.2011	594.000,00	7.219.806,41	1.331.726,65	9.145.533,06

Es besteht eine gesetzliche Ausschüttungssperre gemäß § 268 Abs. 8 Satz 2 HGB für den Betrag der bilanzierten, aktiven latenten Steuern in Höhe von 36.384,93 €.

Der zur Ausschüttung an die Aktionäre zur Verfügung stehende Jahresüberschuss in Höhe von 1.331.726,65 € wird dadurch nicht gemindert, da ausreichend freie Rücklagen vorhanden sind.

Eine Ausschüttungssperre gemäß Satzung besteht nicht.

Kapitalflussrechnung zum 30. September 2011

	2010/11	2009/10	Veränderung
	€	€	€
Jahresüberschuss	1.331.726,65	859.605,14	472.121,51
Zuschreibungen (-)/Abschreibungen (-) auf Gegenstände des Sachanlagevermögens	716.665,59	55.150,34	661.515,25
Zunahme der langfristigen Rückstellungen	212.766,00	9.293,00	203.473,00
Zunahme (+)/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	315.786,57	-247.628,46	563.415,03
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlagenabgängen	-3.740,24	-80.873,01	77.132,77
Zuführung (+)/Auflösung (-) Sonderposten mit Rücklagenanteil	-909.573,15	69.818,15	-979.391,30
Zuschreibungen (-)/Abschreibungen (+) auf Wertpapiere des Anlagevermögens	3.070,00	1.400,00	1.670,00
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	51.042,12	-98.991,99	150.034,11
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-74.542,96	163.829,51	-238.372,47
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.643.200,58	731.602,68	911.597,90
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	4.100,00	71.403,36	-67.303,36
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.051.072,01	-182.601,16	-868.470,85
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	125.000,00	585.000,00	-460.000,00
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-131.107,50	-598.980,50	467.873,00
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.053.079,51	-125.178,30	-927.901,21
Dividendenausschüttung =			
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-135.000,00	-108.000,00	-27.000,00
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	455.121,07	498.424,38	-43.303,31
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	503.596,61	5.172,23	498.424,38
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	958.717,68	503.596,61	455.121,07

Der Finanzmittelfond am Ende der Periode besteht vollständig aus dem Kassenbestand und den Guthaben bei Kreditinstituten.

Ebnath, den 18. November 2011 und den 10. Mai 2012.

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Eigenkapitalpiegel und Kapitalflussrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Forst Ebnath Aktiengesellschaft, Ebnath/Opf., für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2010 bis 30. September 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Diese Bestätigung erteilen wir auf Grund unserer pflichtgemäßen, am 21. November 2011 abgeschlossenen Abschlussprüfung und unserer Nachtragsprüfung, die sich auf die Erweiterung um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalpiegel bezog. Auf die Begründung der Änderungen durch die Gesellschaft im geänderten Anhang wird verwiesen. Die Nachtragsprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

München, den 21. November 2011 / 11. Mai 2012

KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Martin Berger
Wirtschaftsprüfer

Albert Gratz
Wirtschaftsprüfer

Versicherung des gesetzlichen Vertreters

„Nach bestem Wissen versichere ich, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.“

Ebnath, den 2. Dezember 2011



Norbert Wagner
Vorstand

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat auch im Geschäftsjahr 2010/11 seine Aufgaben und Pflichten nach Gesetz und Satzung ordnungsgemäß wahrgenommen.

Die Zusammenarbeit mit dem Vorstand war eng und vertrauensvoll. Der Vorstand kam seiner Berichtspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat jederzeit nach und bezog den Aufsichtsrat in alle Entscheidungen von größerer Bedeutung rechtzeitig ein. Er war bei allen Aufsichtsratssitzungen anwesend. So konnten wir ihn bei der Leitung der Gesellschaft beraten und seine Geschäftsführung laufend überwachen. In unseren Sitzungen haben wir seine Berichte ausführlich erörtert sowie Anregungen und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Insgesamt zeigte sich der Vorstand in der Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat wie in den Vorjahren sehr offen und jederzeit zum konstruktiven Gedankenaustausch bereit. Zusätzlich stand ich während des gesamten Geschäftsjahrs regelmäßig in telefonischem Kontakt mit dem Vorstand.

Turnusmäßig fanden vier Sitzungen des Aufsichtsrats statt, in denen der Geschäftsverlauf, die Lage der Gesellschaft, die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung ausführlich erörtert wurden. Schwerpunkt der Beratungen war der im Geschäftsjahr abgeschlossene Neubau eines Betriebsgebäudes mit angeschlossener Maschinenhalle. Ab Ende September 2011 ist dieses Betriebsgebäude der neue Firmensitz der Gesellschaft. Weitere wichtige Themen der Beratung waren die Beurteilung von Kreditrisiken, der angestrebte Zukauf weiterer Forst- und Agrarflächen sowie die Arrondierung bestehender Forstflächen. Ferner sind - auf Basis vom Vorstand vorgelegter ausführlicher Unterlagen - mehrfach Aufsichtsratsbeschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst worden.

Prüfungshandlungen nach § 111 Abs. 2 Satz 1 Aktiengesetz (AktG) waren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zu keinem Zeitpunkt veranlasst. Aufgrund der überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft hat der Aufsichtsrat keine Ausschüsse gebildet.

Vorstand und Aufsichtsrat der Forst Ebnath AG haben im November 2011 die jährliche Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG abgegeben und über das Internet dauerhaft öffentlich zugänglich gemacht. Wie in den Vorjahren wurde und wird der Kodex nicht angewendet, da er nach Art und Umfang ganz überwiegend nicht auf die Struktur und die tatsächlichen Verhältnisse der Gesellschaft passt. Dessen ungeachtet haben die Themen Corporate Governance und Compliance bei Forst Ebnath einen hohen Stellenwert. Bereits im Jahr 2008 wurde ein Verhaltenskodex für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Mitglieder des Vorstands eingeführt, der die hohen rechtlichen und ethischen Anforderungen im Rahmen der Tätigkeit für Forst Ebnath genau darlegt. Darüber hinausgehend besteht seit April 2009 die Möglichkeit, Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen und interne Regelungen, wie z.B. gegen den Verhaltenskodex, auch an einen externen, unabhängigen Ombudsmann vertraulich und gegebenenfalls anonym zu melden. Diese Maßnahme dient der weiteren Stärkung des Compliance Systems.

Der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts sind von der KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht wurde uns unverzüglich nach Fertigstellung zugeleitet. Auch wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft, den Lagebericht sowie den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Bei der Sitzung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Gewinnverwendungsvorschlag und den Abhängigkeitsbericht war der Abschlussprüfer anwesend. Der Jahresabschluss und der Prüfungsbericht wurden intensiv diskutiert und mit dem Wirtschaftsprüfer erörtert. Den Einschätzungen des Vorstands zu den Aussichten der Gesellschaft haben wir nichts hinzuzufügen. Wir stimmen auch dem Ergebnis des Abschlussprüfers zu. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind keine Einwendungen gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zu erheben. Wir haben ihn daher in der Bilanzsitzung vom 02. Dezember 2011 gebilligt; er ist somit festgestellt. Des Weiteren haben wir die nachträglichen Erweiterungen des Jahresabschlusses um die Kapitalflussrechnung und den Eigenkapitalspiegel geprüft und am 11. Mai 2012 gebilligt. Der erweiterte Jahresabschluss ist damit am 11. Mai 2012 festgestellt. Mit dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands sind wir ebenfalls einverstanden.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand erstatteten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und für richtig erachtet. Der Abschlussprüfer hat über seine Prüfung des Abhängigkeitsberichts folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind.“

Zu der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Abschlussprüfer hat der Aufsichtsrat nichts zu bemerken. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr großes persönliches Engagement im abgelaufenen Geschäftsjahr.

München, den 2. Dezember 2011 und 11. Mai 2012

FÜR DEN AUFSICHTSRAT

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hans Volker Sprave', written in a cursive style.

Hans Volker Sprave
Vorsitzender